



Die populistische Lücke:

Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung

FORBA-Schriftenreihe 1/2004

Jörg Flecker

Erscheint in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Malte Meyer (Hg.), Arbeitswelt und Rechtspopulismus – Sozioökonomischer Wandel, individuelle Reaktionen und die Hinwendung zur extremen Rechten, Leske + Budrich

Der Beitrag entstand im Rahmen des Projekts "Socio-Economic Change, Individual Reactions and the Appeal of the Extreme Right" (SIREN), Contract no.: HPSE-CT-2001-00058, gefördert von der Europäischen Kommission im Programm "Improving Human Research Potential and the Socio-Economic Knowledge Base" und vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt
Aspernbrückengasse 4/5
A-1020 WIEN
Tel: +431 21 24 700
Fax: +431 21 24 700-77
office@forba.at
<http://www.forba.at>

Inhalt

<i>Einleitung</i>	1
1. <i>Große Not und kleine Nöte</i>	3
2. <i>Bedrohung kultureller Identität?</i>	10
<i>Zusammenfassung</i>	17
<i>Literatur</i>	19

Einleitung

In der öffentlichen Diskussion wurde häufig ein Zusammenhang hergestellt zwischen den Veränderungen im Erwerbsleben und dem Anstieg, den der Rechtspopulismus in einer Reihe von Ländern Europas im letzten Jahrzehnt fand. Es war vielfach von den „Modernisierungsverlierern“ die Rede, deren Frustrationen die Rechtspopulisten durch Stimmungsmache gegen etablierte Politik, AusländerInnen und SozialleistungsempfängerInnen in Wahlerfolge ummünzen konnten. Tatsächlich ist die Arbeitswelt innerhalb des letzten Jahrzehnts eine andere geworden. Technischer Wandel, Liberalisierung und Internationalisierung, Veränderungen in der Unternehmenssteuerung und steigender Konkurrenzdruck haben einem großen Teil der Erwerbstätigen erhebliche Anpassungsleistungen abverlangt. Diejenigen, die nicht mithalten können, machen die Erfahrung, dass das Netz sozialer Sicherheit im gleichen Zeitraum deutlich weitmaschiger geworden ist. Für die Zukunft wird allen Erwerbstätigen noch größere Unsicherheit und noch weniger soziale Absicherung prognostiziert. Nach der These von den „Modernisierungsverlierern“ gelingt es dem Rechtspopulismus die im sozio-ökonomischen Umbruch entstehende Enttäuschung und Unzufriedenheit in die Bahnen der Fremdenfeindlichkeit und der Politikverdrossenheit zu lenken und politisch für sich zu nutzen.

Nun wäre es verfehlt, den Aufschwung des Rechtspopulismus – auch wenn man sich auf die sozio-ökonomischen Ursachen beschränkt – mit einigen wenigen gesellschaftlichen Problemen erklären zu wollen. Es ist ja gerade ein wichtiges Merkmal dieser Parteien, dass sie kein konsistentes politisches Programm anbieten und sich ihre Botschaften und Forderungen durchaus widersprechen können. So vereinen sie in der Regel neoliberale Wirtschaftspolitik für die Unternehmen mit dem Versprechen des sozialen Schutzes für die Arbeitenden, die Botschaft des nackten Leistungsprinzips für die Aufsteiger mit der Verklärung traditioneller Gemeinschaften und Sicherheiten für bedrohte KleinbürgerInnen. Dies ist nur deshalb kein Problem, weil bewusst nicht Interessen vertreten, sondern vielmehr nationale oder ethnische Gemeinsamkeiten beschworen werden und solchermaßen gemeinsame Identität anstelle von Interessen zur Basis von Politik gemacht wird (Steinert 1999).

In den letzten Jahren haben rechtspopulistische Parteien die Betonung national abgegrenzter Gemeinschaften und die Angriffe auf alles „Fremde“, insbesondere den Islam, noch erheblich verstärkt (Betz 2003). Sie appellieren damit an eine kulturelle Gruppenidentität, die sie als gefährdet darstellen. Diese Verstärkung der Identitätspolitik gegenüber der Interessenpolitik stellt für manche Beobachter die Bedeutung des sozio-ökonomischen Wandels für die Erklärung der Erfolge des Rechtspopulismus in Frage. Sind es doch nicht die Verletzungen, die sich die Menschen in der Arbeitswelt zuziehen, sondern die Konflikte an den diversen Schauplätzen der multikulturellen Gesellschaft, die für den Zulauf zu den Rechten sorgen?

Im folgenden Beitrag werde ich in einem ersten Schritt Bedingungen und Veränderungen in der Arbeitswelt skizzieren, die m.E. als Ursachen für eine gestiegene Anzie-

hungskraft rechtspopulistischer Politik gelten können. Danach gehe ich auf die alternative Erklärung ein, die auf Bedrohungen der kulturellen Identität abstellt, und behandle die Frage, ob zwischen diesen Erklärungsversuchen tatsächlich ein Gegensatz besteht oder ob nicht auch die Äußerungen der Bedrohung kultureller Identität vor dem Hintergrund der Bedingungen und Veränderungen im Erwerbsleben gesehen werden können. Meine These lautet, dass rechtspopulistische Parteien die Lücke nutzen konnten, die der sozio-ökonomische Umbruch und seine unangemessene politische Verarbeitung hinterließen. Eine solche populistische Lücke ist in mehreren Dimensionen zu erkennen: in der öffentlichen Wahrnehmung von Problemlagen, in der Berücksichtigung, Vertretung und Durchsetzung von Interessen und in der Anerkennung von Identitäten.

1. *Große Not und kleine Nöte*

Die Lohnarbeitsgesellschaft und die mit ihr verbundenen Sicherheiten und Gerechtigkeitsvorstellungen haben sich in einem langen historischen Prozess herausgebildet, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann und erst Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts seinen Abschluss fand. Es ist also nicht lange her, seit die Arbeiter und Arbeiterinnen nach Jahrhunderten der würdelosen Lage außerhalb und am unteren Ende der Gesellschaft soziale Absicherung und Anerkennung gewannen, und es gelang, „Arbeit und relative Sicherheit miteinander zu verbinden“ (Castel 2001:15). Derzeit erleben wir einen beschleunigten Zerfallsprozess dieser Lohnarbeitsgesellschaft, der sich für Castel in der Destabilisierung für Kernbereiche der Arbeiterschaft durch die Flexibilitätsanforderungen der Wirtschaft, in der Ausbreitung der Prekarität und im Auftauchen des neuen Typs der „Überzähligen“ oder der „unnützen Normalen“ (Donzelot) ausdrückt (ebenda:18).

Destabilisierung und Prekarität bedeuten, dass die gesellschaftliche Integration, also Teilhabe und Anerkennung, bedroht oder akut gefährdet ist. Zum einen hängt die Integration in die Gesellschaft vom Einkommen ab, das unter anderem die Möglichkeiten zur Teilnahme am Konsum und zum Aufbau und zur Pflege sozialer Beziehungen bestimmt. Erst auf der Basis einer stabilen Erwerbstätigkeit ist in der Regel ein Engagement in anderen gesellschaftlichen Bereichen möglich. Zum anderen bleibt die soziale Anerkennung und die Absicherung im Alter für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung an die Erwerbsarbeit geknüpft.

Auch wenn das Zeitalter im historischen Maßstab sehr kurz war, in dem auch jenen, die für ihren Lebensunterhalt Lohnarbeit verrichten müssen, relative Sicherheit und Anerkennung gewährt wurden, gehen wir in der Untersuchung der Wahrnehmung des aktuellen Umbruchs davon aus, dass die Orientierungen aller derzeit Erwerbstätigen sehr stark von den Versprechen zunehmender Sicherheit und sozialer Anerkennung geprägt sind. Ihre Ansprüche sind also in Relation zu den Errungenschaften der Lohnarbeitsgesellschaft zu sehen, wie im Hinblick auf ihre Betroffenheit von den Folgen des Umbruchs weniger die etwaigen absoluten Verschlechterungen, als vielmehr die relativen Benachteiligungen von Bedeutung sind. Es geht also, um mit Bourdieu zu sprechen, nicht nur um die Frage, ob und wo die „große Not“ ausbricht, sondern auch darum, die Leiden wahrzunehmen und zu verstehen, wie sie sich aus der jeweiligen Perspektive der Betroffenen aus „kleinen Nöten“ ergeben (Bourdieu 1997:19). Diese können verursacht sein durch eine niedrige soziale Position, durch die Frustration von Aufstiegserwartungen und durch tatsächlichen oder drohenden Abstieg und sind weniger in ihrer objektiven als vielmehr in ihrer subjektiven Bedeutung relevant. In dieser Hinsicht gilt es unter anderem, die objektiven Bedingungen mit den im Habitus angelegten Aspirationen in Zusammenhang zu bringen. In Zeiten der Umbrüche ist es wahrscheinlicher, dass die Einbettung der Aspirationen in die sozio-ökonomischen Gegebenheiten aufbricht, das heißt, dass sich die früher durchaus realistischen Lebensentwürfe nicht mehr realisieren lassen.

Hinzu kommt, dass Not von den Betroffenen besonders schmerzlich empfunden wird, wenn sie nicht von allen geteilt, sondern im Gegenteil innerhalb einer reichen Gesellschaft erlitten werden muss. Verarmung, Unsicherheit und Armutsgefährdung haben als „Armut im Wohlstand“ (Bohle 1997) eine stärker demütigende und kränkende Wirkung als in einer armen Gesellschaft – und sie stehen in scharfem Kontrast zu den Bildern von den Erfolgreichen und Aufsteigern, die die Massenmedien und die Unterhaltungsindustrie als neue gesellschaftliche Norm hinstellen. Das könnte ein Grund dafür sein, dass die rechtspopulistischen Parteien gerade in jenen Ländern und Regionen Europas erfolgreich waren und sind, die sich nicht durch hohe Arbeitslosigkeit und niedriges Sozialprodukt, sondern im Gegenteil durch Wohlstand auszeichnen, wie Dänemark, Schweiz, Österreich, Norditalien, Flandern, die Niederlande oder Norwegen.

Ungeschützte Erwerbsarbeit sowie Erwerbsarbeit, die keine ausreichende Existenzsicherung ermöglicht, ist im Zunehmen begriffen, ein Prozess, der als „Informalisierung der Arbeit“ (Altvater/Mahnkopf 1999, 2002) bezeichnet wird. Die Globalisierung des Kapitalismus und die Ausdehnung des Dienstleistungssektors sind die Treibkräfte hinter der Verbreitung prekärer Beschäftigung: Da nicht alle Teilbereiche einer Volkswirtschaft den ökonomischen Standards des Weltmarkts entsprechen können, wird Arbeit – so Altvater und Mahnkopf - in die Arbeitslosigkeit oder Informalität abgedrängt. Neben einem Absinken nationalspezifischer Niveaus der Regulierung von Arbeit und der sozialen Sicherung kommt es zu einer Fragmentierung der Gesellschaft dadurch, dass immer mehr Arbeit unter dem Niveau der jeweiligen gesellschaftlichen Normen geleistet werden muss. Die auf den Weltmarkt ausgerichteten Branchen steigern ihre Produktivität und reduzieren die Beschäftigung. Mit der Abnahme von Erwerbsmöglichkeiten in den Kernbereichen der Industrie und der Dienstleistungen wächst auch das Angebot an Arbeitskräften für informelle Beschäftigung bzw. für den informellen Sektor.

„Eine vergleichsweise geringe Zahl von hochproduktiven Arbeitskräften und von wettbewerbsfähigen Unternehmen erfährt eine starke Aufwertung, andere Leistungen hingegen werden – auch wenn es sich dabei um unverzichtbare Leistungen der sozialen Reproduktion handelt – monetär abgewertet. Dies hat zur Folge, dass der Anteil derjenigen Arbeitskräfte wächst, denen eine vollständige und dauerhafte Integration in die Gesellschaft verwehrt ist – über die Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens, die Stabilität ihres Erwerbsschicksals und ihre Arbeitsbedingungen.“ (Altvater/Mahnkopf 1999:339)

Die Folge ist eine Verschärfung der gesellschaftlichen Spaltung zwischen den Geldvermögensbesitzern und hochqualifizierten Spezialisten einerseits und den zunehmender ökonomischer Unsicherheit ausgesetzten mittleren Angestellten und Arbeitern sowie der Unterschicht andererseits (ebenda:357).

Damit ist das „leistungsorientierte Arbeitnehmermilieu“ unmittelbar betroffen, das sich aus qualifizierten ArbeitnehmerInnen und Gewerbetreibenden zusammen setzt und sich nach unten gegenüber „weniger respektablen“ Milieus abgrenzt, wo deutlich niedrigere Qualifikationen und Einkommen vorherrschen (Vester 2001:312). Es geht in diesem Zusammenhang nicht nur um die Verschlechterungen und Bedrohungen des Lebens-

standards verschiedener Gruppen, sondern auch um die Strategien der Abgrenzung und um symbolisch hoch bedeutsame Grenzziehungen:

„Um diese Grenze der Respektabilität wurden in der Geschichte der Bundesrepublik die wichtigsten Auseinandersetzungen geführt. Durch die seit den fünfziger Jahren erkämpfte soziale Teilhabe (an Wohlstand, Bildung und sozialer Sicherung) wurde die große Mehrheit der Arbeitnehmer und der kleinen Selbständigen in diese soziale Mitte der Respektabilität integriert. Eben dieses Sozialmodell steht heute wieder zur Disposition.“ (Vester 2001:312)

Rationalisierungs- und Flexibilisierungsstrategien der Unternehmen sind zweifellos wichtige Triebkräfte der Prekarisierung und Informalisierung von Arbeit. Ihre Wirkung wird aber dadurch verschärft, dass zugleich der Umbau des Sozialstaates in vielen Ländern die Absicherung reduziert. So wird der Zugang zu Transferleistungen erschwert, während die Bindung sozialer Absicherung an die Erwerbsarbeit trotz Flexibilisierung des Arbeitsmarkts in Ländern wie Deutschland und Österreich aufrecht bleibt oder gar verstärkt wird (Mairhuber 2001). Ein Beispiel, an dem die Folgewirkungen für die materielle Lage sowie für die subjektive Unsicherheit vieler ArbeitnehmerInnen besonders deutlich hervortritt, ist die Veränderungen in den Bedingungen der Altersrente: Hier haben die jüngsten Verschlechterungen für die Versicherten etwa in Österreich sowohl das Pensionsantrittsalter nach oben geschraubt, als auch die Pensionshöhe noch stärker von einer kontinuierlichen Erwerbstätigkeit abhängig gemacht. Zwar scheint der dominante Diskurs über die „leeren Kassen“ die Verschlechterung der sozialen Absicherung zu legitimieren. Die Frage ist allerdings, ob diese Überzeugungsversuche erfolgreich sind und Gefühle der Verunsicherung und Benachteiligung im Zaum halten können. Zudem verlangt der Umbau des Sozialstaates nach einer Alternative zur sozialstaatlichen gesellschaftlichen Integration, als die sich insbesondere neokonservative Strategien der symbolischen Integration anbieten. Und genau so wird Rechtspopulismus zumindest in der angelsächsischen Soziologie definiert (Dubiel 1994).

In der aktuellen Diskussion über die Umbrüche in der Erwerbsarbeit finden sich gute Argumente dafür, dass die Zunahme prekärer Erwerbsarbeit etwa in Form „atypischer“ Beschäftigung in Ländern wie Deutschland und Österreich zwar eine bedeutende, aber nicht die wichtigste und folgenreichste Veränderung darstellt. Denn während die „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ gar nicht in dem Maße fortschreitet, wie oft behauptet wird, sind gravierende Verschiebungen innerhalb des Normalarbeitsverhältnisses zu beobachten, die eine „innere Rekommodifizierung der Arbeitsverhältnisse“ bewirken. „Im nicht nachhaltigen Umgang mit Arbeitskraft im Inneren des Arbeitsverhältnisses (...) und weniger in seiner Auflösung von außen liegt die eigentliche Gefahr“, argumentiert Bosch (2003:23). Wenn es nun darum geht, die großen und kleinen Nöte zu erkennen, die Hintergrund für die Attraktivität rechtspopulistischer Strömungen sein können, dann sollte man sich also nicht nur auf die offensichtlichen „VerliererInnen“, d.h. auf Arbeitslose und prekär Beschäftigte, konzentrieren. Das legt schon die Beobachtung nahe, dass Verunsicherung und Leiden häufig verdeckt bleiben, nicht nur weil man die im Dunklen nicht sieht, sondern auch deshalb, weil die Betroffenen alles

daran setzen, die Symbole der Zugehörigkeit nicht zu verlieren, also zumindest den Schein zu wahren, wie man aus der Arbeitslosenforschung weiß. Wem fällt schon auf, dass hinter der Fassade einer scheinbar gesicherten Existenz nicht mehr lange durchzuhaltender Arbeitsdruck, eine krasse Ausdehnung der Arbeitszeit oder hohe Verschuldung steckt?

In unserem Zusammenhang ist besonders hervorzuheben, dass der Leistungsdruck allgemein zunimmt und damit die Arbeit intensiver und die Arbeitszeit bestimmter Beschäftigtengruppen ausgedehnt wird, zugleich aber die Unsicherheit darüber steigt, ob sich der Einsatz mittel- oder langfristig überhaupt lohnt. Hintergrund der Entwicklung sind in Teilen der Arbeitswelt die Internationalisierung und die Umstellung der Steuerungsformen der Unternehmen, in anderen die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen oder die Kürzung öffentlicher Budgets, in wiederum anderen die Ersetzbarkeit von Arbeitskräften angesichts hoher Arbeitslosigkeit und der (teils illegalen) Beschäftigung von ArbeitsmigrantInnen und Saisoniers.

Die Internationalisierung der Unternehmen und der Wandel in der internationalen Arbeitsteilung haben die Unsicherheit über den Bestand von Betrieben und Arbeitsplätzen massiv erhöht. Globalisierung und Standortwettbewerb veränderten zudem die Stellung bedeutender Industriezweige im Gefüge der internationalen Arbeitsteilung und beeinträchtigten dadurch die soziale Position, die Beschäftigungsbedingungen und die „Selbstdefinition“ der Beschäftigten:

„Die Rückkehr sozialer Unsicherheit in Stammebelegschaften und Facharbeiter-ränge muss besonders von Gruppen als schmerzlicher Einschnitt empfunden werden, deren Erwartungen auf eine mehr oder minder kontinuierliche Steigerung des Lebensstandards und die schrittweise Minimierung von Lohnarbeiterrisiken fixiert sind.“ (Dörre 1997:95)

Ein recht guter Indikator für die auch auf Seiten der ArbeitnehmerInnen wahrgenommene Unsicherheit der Beschäftigung dürfte die Verbreitung von sogenannten Standortvereinbarungen sein, mittels derer Interessenvertretungen der Arbeitskräfte Zugeständnisse bei den Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen gegen Zusagen der Unternehmensleitung tauschen, die Beschäftigung am Standort aufrecht zu erhalten und in den Betrieb zu investieren. Solche Vereinbarungen gibt es inzwischen in jedem zweiten deutschen Großunternehmen (MPIfGF 2002). Laut WSI werden sie nicht nur in Großbetrieben, sondern bereits in einem Drittel aller Betriebe abgeschlossen (Seifert/Maurer 2001). Die Vereinbarungen werden häufig als betriebliche Bündnisse für Arbeit bezeichnet – auch wenn sie in den wenigsten Fällen tatsächlich Arbeitsplätze schaffen oder schützen. Wie die Untersuchung des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung ergab, waren nur bei 4% der Vereinbarungen beschäftigungspolitische Motive ausschlaggebend. In der überwiegenden Mehrheit ergreift das Management die Initiative und will über Kostensenkung und Flexibilisierung Wettbewerbsvorteile als Antwort auf die Konkurrenz innerhalb des Unternehmens oder von außerhalb erzielen (MPIfGF 2002:48). Während in Deutschland solche Vereinbarungen verbreitet explizite Beschäftigungsgarantien enthalten, stellten wir in Österreich fest, dass den Zugeständ-

nissen der Arbeitnehmerseite oft nur vage Absichtserklärungen von Seiten der Unternehmensleitungen gegenüber standen (Flecker et al. 1999).

Der Druck der globalisierten Finanzmärkte auf die Realökonomie hat zu erhöhten Renditeforderungen und zu Kurzfristigkeit geführt, was massive Auswirkungen auf die Unternehmensorganisation, auf die Wirtschaftsstruktur und auf die Art der Beschäftigungsverhältnisse zeitigte. Es wird gefordert, dass die hohen Beiträge zu den Renditen in allen Teilbereichen von Unternehmen und in jedem Quartal erwirtschaftet werden. Damit droht nicht nur dem Gesamtbetrieb, sondern auch einzelnen Funktionsbereichen oder Abteilungen getrennt die Aus- und Verlagerung oder Schließung. Zu forcierten Auslagerungen (*outsourcing*) und damit Aushöhlung der Unternehmen kommt es auch deshalb, weil die Unternehmensleitungen damit zu verhindern suchen, dass die ständigen Nachfrageschwankungen auf den Märkten auf das betriebswirtschaftliche Ergebnis durchschlagen. Die Kapazitäten des Unternehmens, also der Personalstand, die Anlagen, die Büroflächen etc. sollen durch Auslagerung, variable Arbeitszeiten, Leiharbeit etc. sollen möglichst flexibel an die jeweilige Auslastung angepasst werden (Altvater/Mahnkopf 2002).

Die neuen Formen der Steuerung von Unternehmen führen nicht nur zu Arbeitsplatzverlust und verallgemeinerter Unsicherheit, sie greifen auch tief in die betrieblichen Sozialbeziehungen ein: Ständige Umstrukturierungen, Kurzfristigkeit und erhöhter Renditedruck untergraben das Prinzip der Gegenseitigkeit und zerstören damit das Vertrauen, auf dem die Arbeitsbeziehungen aufbauen. Bestimmte Arbeitsformen, wie eigenverantwortliche Tätigkeit auf Basis von Erfahrungswissen, setzen Vertrauensbeziehungen voraus und werden durch den Zwang zur Quantifizierung und durch kurzfristige Kosten-Nutzen-Kalküle beeinträchtigt. Für die Arbeiter bedeutet dies nicht nur, dass die Chancen, ihre Erfahrung und ihr Engagement im Sinne der Unternehmensziele einbringen zu können, geschmälert werden, sondern auch eine Missachtung ihrer Fähigkeiten und ein Misstrauen ihren Motiven gegenüber. Tiefe Kränkungen können die Folge sein (Flecker/Krenn 2001).

Sennett (2000) beschreibt weitere Gründe für die abnehmende gesellschaftliche Einbindung von ArbeiterInnen und Angestellten *in* der Arbeit, also Veränderungen für jene Personen, die in einem „Normalarbeitsverhältnis“ beschäftigt und in materieller Hinsicht meist nicht von Ausgrenzung bedroht sind. Ihm geht es insbesondere um die Erfahrungen der Mittelschichten. Für Sennett fällt die soziale Inklusion der Flexibilität zum Opfer (ebenda:436): Verpflichtung und Loyalität der Beschäftigten schwinden, weil Firmen verpflichtende Bindungen verweigern. Inklusion erfordert aber Dauer der sozialen Beziehungen und wiederholte Interaktion (sowie Rituale). Die vielfach gewachsene Autonomie in der Arbeit führt unter diesen Bedingungen zu Frustration: Die Unternehmen spalten die Befehlsfunktion von der Leitungsfunktion, wobei die Vorgaben aus unzugänglichen Zentralen kommen und nur gesagt wird, was zu erreichen ist, aber nicht, wie es erreicht werden kann, während die Vorgesetzten durch „manipulative Abwesenheit“ glänzen. Die angebliche Freiheit von Anleitung wird zur Frustration; die Beschäftigten haben das „Gefühl, es sei nur recht und billig, dass diejenigen, die befehlen, auch genau benennen, was sie erwarten“, tatsächlich aber werden „dieje-

nigen, die Befehle ausgeben, (...) davor geschützt, Verantwortung für die Konsequenzen zu tragen“ (Sennett 2000:443). Neben den Arbeitsbedingungen spielen in unserem Zusammenhang Anerkennungsverhältnisse eine wichtige Rolle. In dieser Hinsicht kritisiert Sennett, dass heute eher Unternehmer und weniger ArbeitnehmerInnen ehrenhafte Arbeit symbolisieren, weshalb er es als Aufgabe einer Sozialreform heute ansieht, die Würde von Männern und Frauen als ArbeitnehmerInnen wiederherzustellen.

Es gibt einen Bereich der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, in dem in relativ kurzer Zeit besonders gravierende Umbrüche in der Arbeit erfolgten: die von Liberalisierung und Privatisierung betroffenen öffentlichen Dienstleistungen. So wurden in den letzten Jahren der Personalstand bei Bahn, Post, Telekommunikation und anderen Dienstleistungen erheblich reduziert, die Löhne gesenkt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert (Atzmüller/Hermann 2003). In den ersten 10 Jahren nach der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist die Beschäftigung in einigen Branchen und Unternehmen, wie der britischen Elektrizitätswirtschaft oder der Deutschen Bahn, um mehr als 50% gesunken. Hinzu kommt das Phänomen des Personalaustauschs, d.h. dass nicht an die 50%, sondern, wie Atzmüller und Hermann am Beispiel der deutschen Bahn zeigen, nur 10 bis 25% der früheren Beschäftigten ihren Arbeitsplatz erhalten konnten. Die Reduktion der Einkommen der Beschäftigten erfolgte durch die Kürzung von Zulagen, Sozialleistungen und Betriebspensionen. Neu in die Unternehmen Eintretende müssen trotz gleicher Tätigkeit häufig deutlich niedrigere Löhne als die bereits länger Beschäftigten in Kauf nehmen. Aber auch die Arbeitsorganisation erfuhr zum einen durch neue Managementkonzepte und zum anderen durch Rationalisierungsmaßnahmen umfassende Veränderungen. Neben dem stark gestiegenen Arbeitsdruck stellen insbesondere die ständigen Umstrukturierungen und geänderte Arbeitszeitformen neue Quellen von Belastungen dar (Atzmüller/Hermann 2003).

Was diese Veränderungen für die Arbeitskräfte bedeuten, lässt sich mangels Untersuchungen kaum abschätzen. Für die subjektiven Bedeutungen sind zunächst die Orientierungen und Ansprüche zu berücksichtigen, die zur Aufnahme einer Beschäftigung in einem staatlichen oder kommunalen Unternehmen geführt haben dürften. Für viele spielten wohl Sicherheitserwartungen bzw. -versprechen mit, die nun enttäuscht werden. Die Frustrationen dürften weit über das hinaus gehen, was das offizielle Bild des „sozial verträglichen“ Personalabbaus und der „freiwilligen“ Frühpensionierungen erkennen lässt. Vielmehr sind massenhafte Brüche psychologischer Verträge, eine generelle Abwertung von Erfahrungswissen und eine kontinuierliche Entwertung von Sozialkapital anzunehmen, die wohl mit tiefen Verletzungen des Gerechtigkeitsempfindens verbunden mit Ohnmachtsgefühlen einher gehen dürften.

Es ist naheliegend, in all diesen Tendenzen Grundlagen für Potentiale politischer Subjektivität zu erkennen, die nicht mehr durch die vorherrschenden Legitimationsangebote eingebunden sind und so von Populisten genutzt werden können. Kernbotschaft verschiedener rechtspopulistischer Parteien ist demnach auch der Appell an die „Anständigen und Fleißigen, die nicht bekommen, was ihnen zusteht“, während andere, die es eigentlich nicht verdienen, weil sie angeblich nichts leisten, mehr für sich heraus holen können – die Politiker, die „Sozialschmarotzer“ oder Asylwerber. Doch warum

sollen die Zumutungen im Erwerbsleben ausgerechnet rechtspopulistische Parteien und ihre Botschaften attraktiver machen?

Unsere These lautet, dass es ihnen gelingt, die „populistische Lücke“ zu nützen, die sich zwischen dem sozio-ökonomischen Wandel und seiner politischen Verarbeitung aufgetan hat: Der Neoliberalismus ist als hegemoniale Ideologie und Politik bisher stark genug, um öffentliche Kritik und Widerstand gegen den Umbau der Bedingungen der Erwerbsarbeit weitgehend zu unterdrücken. Dadurch können die von ihm verursachten Leiden nur schwer legitimen Ausdruck finden. Wie sollen die Betroffenen etwa die Verschlechterung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst anprangern, wo sie doch selbst seit Jahren als ineffizient und als Privilegierte am Pranger stehen? Andererseits dürfte die neoliberale Ideologie nur stark genug sein, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen von der Notwendigkeit der Einsparungen und des Abbaus von „Privilegien“ bei den jeweils anderen, nicht aber von der Legitimität der eigenen Opfer überzeugen zu können. Dies ist angesichts des Reichtums der Gesellschaft und der maß- und schamlosen Bereicherung vieler ihrer Mitglieder auch nicht besonders überraschend. Es bleibt also eine Lücke zwischen der öffentlichen Anerkennung von Problemen einerseits und der Einsicht in die Unausweichlichkeit eigener Opfer und damit der Bereitschaft Nachteile zu akzeptieren. Wobei diese Nachteile durchaus relativ sein, also neben schmerzhaften Verlusten auch die subjektiv erlebte Bedrohung des Wohlstands oder einen geringeren als angestrebten Gewinn und Aufstieg beinhalten können.

Eine günstige Voraussetzung für den Rechtspopulismus ist, dass diese Art der Rebellion in der vorherrschenden Ideologie der Gesellschaft angelegt und von den wirtschaftlichen und politischen Eliten *de facto* unterstützt wird. Auch sie setzen im Zuge des Abbaus sozialstaatlicher Integration gerne auf Strategien der symbolischen (anstelle einer materiellen, sozialstaatlichen) Einbindung. Und mit dem Konzept des „Standortnationalismus“ besteht ein Bindeglied zwischen Liberalkonservatismus und Rechtsextremismus (Butterwegge 1999b), welches das Bewusstsein verkörpert, auf den internationalen Märkten einer Welt von Feinden gegenüberzustehen und die wirtschaftsimperiale Überlegenheit des eigenen Volkes durch Erfindungsgeist, größeren Fleiß und Opferbereitschaft beweisen zu müssen. Während die Menschen früher im Namen der Nation dazu gebracht werden, Opfer zu bringen, so sollen sie dies heute im Namen des Standortes tun (Rieger 1995, zit. in Butterwegge 1999b:97).

Nicht nur die offizielle Ideologie des Standortwettbewerbs bereitet den Boden für autoritär-ausgrenzende Reaktionen. Die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien kann trotz der Empörung, die sie hervorruft, auch in dem Sinn als „konformistische Rebellion“ (Hentges/Meyer 2002:55) bezeichnet werden, als der Protest gegen soziale Ungerechtigkeiten im Hinblick auf die Klassenbeziehungen konformistisch bleibt und nur eine Rebellion gegen die geforderte politische Korrektheit bedeutet.

2. *Bedrohung kultureller Identität?*

Im ersten Teil dieses Beitrages wurde argumentiert, dass es eine Reihe von Entwicklungen im Erwerbsleben gibt, die tatsächlich jene Potentiale politischer Subjektivität ausbilden können, die, weil nicht mehr eingebettet in traditionelle Legitimationsmuster und politische Angebote, vom Rechtspopulismus genutzt werden können. Und teilweise sind die politischen Botschaften rechtspopulistischer Parteien durchaus als Antworten auf die Probleme zu verstehen, die sich aus der „Brutalisierung“ der Arbeitswelt ergeben. Betrachtet man jedoch die aktuellen Hauptthemen der populistischen und extremen Rechten in Europa, so ist unschwer zu erkennen, dass Bedingungen der Erwerbsarbeit und Verteilungskonflikte nicht im Zentrum ihrer Argumentation stehen (Poglia Mileti et al. 2002, Betz 2003): Es sind vielmehr die Einwanderung und angebliche kulturelle Bedrohungen, also das Schreckgespenst der „Überfremdung“, die Verteidigung christlicher Werte und der Anti-Islamismus. So stellten die Dansk Folkeparti und die Liste Pim Fortuyn Angriffe auf muslimische Minderheiten in den Vordergrund, wenn sie in den Wahlkämpfen für die Verteidigung der dänischen bzw. niederländischen kulturellen Identität eintraten. Auch Lega Nord, FPÖ und Schweizer Volkspartei warnten vor einer „Invasion Europas“ und begründeten Forderungen nach einem Einwanderungsstopp für Moslems damit, dass diese aus kulturellen Gründen nicht integrationsfähig seien.

Für Hans-Georg Betz macht es diese „identitätspolitische Wende“ des Rechtspopulismus erforderlich, die politischen Erfolge neu zu interpretieren (Betz 2003): Nicht mehr der Aufstand der Modernisierungsverlierer erkläre die politische Entwicklung in Europa, Fragen der politischen Ökonomie seien von „Fragen der politischen Kultur“ abgelöst worden. Betz begründet diese Argumentation mit der These von der Identitätspolitik als Anerkennungspolitik, in der es insbesondere um die Anerkennung gruppenspezifischer kultureller Identitäten gehe. Er bezieht sich dabei auf Frasers (2002) Konzept sozialer Gerechtigkeit, in dem neben die bzw. an die Stelle der Umverteilung von materiellen Ressourcen der Kampf um die Anerkennung von Status getreten sei. Nun ist nicht zu leugnen, dass der Widerstand gegen Bedrohungen der kulturellen Identität eine sehr prominente Rolle im politischen Angebot des Rechtspopulismus spielt. Und es wäre verfehlt, entsprechende Bedrohungsgefühle auf Seiten der politischen „Nachfrage“ leugnen und alles den Verführungskünsten der Rechtspopulisten zuschreiben zu wollen. Es stellt sich vielmehr die Frage, ob es sich bei sozio-ökonomischem Wandel und der Modernisierungsverlierer-These einerseits und der These der kulturellen Bedrohung und der Identitätspolitik andererseits wirklich um gegensätzliche Erklärungen handelt oder ob nicht auch Zusammenhänge zwischen ihnen bestehen.

Ein solcher Zusammenhang ist darin zu erkennen, dass Einwanderung und Multikulturalismus eine tatsächliche Bedrohung für die Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen darstellen, ein weiterer ergibt sich, wenn man die vielfältigen Aspekte der Identitätsarbeit betrachtet. Was *bedrohte Interessen* betrifft, sind es bestimmte Bevölkerungsgruppen, die mit ImmigrantInnen um Arbeitsplätze und Wohnungen konkurrieren und

die mit ungelösten Problemen multikulturellen Zusammenlebens, etwa im Bereich der Schulbildung, konfrontiert sind, nämlich die Erwerbstätigen, die auf die schlechtesten Positionen auf dem Arbeitsmarkt abgedrängt werden.

„Zuwanderer treten in eine Vermeidungskonkurrenz ein, die in den Gesellschaften, in die sie so recht und schlecht aufgenommen werden, schon seit langem abläuft. Es ist nicht verwunderlich, dass sie dabei die schlechtesten Karten in Händen halten (...). Die Zuwanderer treten so der einheimischen Unterklasse als Konkurrenz, der Elite als willkommene Entlastung und als jene ‚Bereicherung‘ gegenüber, von der in diesem Zusammenhang immer gesprochen wird.“ (Zilian 2002:68)

Weder das Schicksal der Unterklasse noch die Nachteile, die deren Mitglieder durch Einwanderung zu ertragen haben, findet in der Gesellschaft Anerkennung. Ebenso wenig werden die Probleme offen diskutiert, die das Zusammenleben von Menschen verschiedener Sprache und Kultur mit sich bringen kann. Gerade Mitglieder der sozialen Unterschichten erleben die Schattenseiten der multikulturellen Gesellschaft und werden mit einer ihre Lebenswirklichkeit krass widersprechenden politischen Ideologie eines ethnisch homogenen Nationalstaats konfrontiert (Hentges/Butterwegge 2000, Jaschke 2001).

„Die Konservativen geben vor, durch Begrenzung der Zuwanderung Probleme zu lösen, die den Alltag dieser Menschen gar nicht berühren. Eine Politik der Abschottung nach außen kann die realen Konfliktstrukturen im Wohn-, Arbeits- und Freizeitbereich nicht verbessern. (...) Während die intellektuellen Kosmopoliten und Dienstleister den Mob, die Engstirnigen und Ungebildeten im Grunde verachten, tendieren die konservativen Besitzstandswahrer eher zur Instrumentalisierung der städtischen Modernisierungsverlierer. Deren Nöte werden als legitim anerkannt, aber am Ende dazu genutzt, die Politik der Abschottung zu rechtfertigen und dem Zwang zum Teilen zu entgehen. Von beiden Gruppen dergestalt missachtet ist der Weg in die politische Apathie oder zu den Rechtsaußen-Parteien dann nur noch ein kleiner Schritt. Der Rechtspopulismus (...) hat geschickte Wege gefunden, dieses Potential für sich einzunehmen.“ (Jaschke 2001:92f)

Wenn auch durch Ethnisierung überformt, geht es dem Rechtspopulismus hier doch ein Stück weit um Interessenpolitik, insofern auf soziale Deklassierung und Probleme in wichtigen Lebensbereichen, wie Arbeit, Wohnen oder Schule, Bezug genommen wird.

Nicht nur auf einzelne exponierte Bevölkerungsgruppen bezogen lässt sich argumentieren, dass die Politik der nationalen Präferenz, die den unterschiedlichen rechtspopulistischen Parteien in Europa gemeinsam ist, eine Form der Verteidigung bedrohter Interessen darstellt. Der offensive Wohlfahrtschauvinismus setzt an den Erfahrungen mit dem Rückbau des Sozialstaates und an den ständig wiederholten Beteuerung seiner Unfinanzierbarkeit an. Dasselbe gilt für die Misere des Arbeitsmarktes. Dörre (1997) sieht in den Folgen der Globalisierung für die Industriearbeiter eine Ursache für einen „defensiven Arbeiternationalismus“, der auf Selbstbehauptung und die Bewahrung des Erreichten sowie darauf ausgerichtet ist, den Abstand zu den Unterschichten auch mittels „ethnisierender Ausgrenzung“ zu bewahren. „Über den Appell an die zuständige

Regulationsinstanz, den Staat, will er sein Anliegen durchsetzen; den Parteien der extremen Rechten kann dabei der Part des Anwalts verletzter Gruppeninteressen zufallen“ (Dörre 1997:97).

Mangelnde Vertretung der „VerliererInnen“ durch andere Parteien, insbesondere die Sozialdemokratie, wird von weiteren namhaften AutorInnen als eine der Ursachen für die Popularität rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien genannt (Mahnkopf 2000, Zilian 2002). Die Krise der Repräsentation betrifft aber nicht nur die politischen Parteien. Wahl (2004) verweist in diesem Zusammenhang auf das Unvermögen der europäischen Gewerkschaften, dem Abbau des Wohlfahrtsstaates und der Verschlechterung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen wirkungsvoll zu begegnen:

„In different European countries we have seen retrenchments in welfare provision such as reduced sick pay and pensions, cuts in unemployment benefits, higher use fees in public education, nursery schools, and health and social services, and the abolition of nonprofit housing projects. Working conditions have worsened through the undermining of labor laws and agreements, including the weakening of working hours regulations, the reduction of overtime pay, the reintroduction of shift work in many industries, reduced job security, more temporary short contract jobs, more use of contract and leased workers, and more decentralized bargaining. One important effect of this development has been the demoralization of workers and a reduction in trade union membership, as the trade unions fail to protect their members. The growth of right-wing populist parties is probably the most dangerous result of this trade union policy of indulgence.“ (Wahl 2004:46f)

Die Wirkung der „Inländer zuerst“-Botschaften der radikalen Rechten von Le Pen bis Jörg Haider ist nur vor dem Hintergrund verletzter materieller und symbolischer Interessen zu verstehen, vor dem Hintergrund intensiv als ungerechtfertigt empfundener sozialer Deklassierung. Über einen Prozess der Ethnisierung der sozialen Beziehungen (Jaschke 2001), der keineswegs von den rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien allein getragen wird, findet der Protest gegen die Interessenverletzungen seinen Ausdruck in der Forderung nach Ausgrenzung und nationaler Präferenz.

Ein weiterer Zusammenhang zwischen der „Modernisierungsverlierer-These“ und der These der Identitätspolitik als Anerkennungspolitik lässt sich argumentieren, wenn man die vielfältigen Aspekte der Bedrohung und der Sicherung von *persönlicher und sozialer Identität* betrachtet. Dafür möchte ich wieder an den obigen Verweisen auf Betz und Fraser anknüpfen: Fraser (2002) stellt der vom Rechtspopulismus eingenommenen Perspektive, die durch Betonung der gruppenspezifischen kulturellen Identität aus einer Politik der Anerkennung Identitätspolitik mache, ein „Statusmodell“ der Anerkennung gegenüber: Im Mittelpunkt solle nicht eine gruppenspezifische Identität stehen, sondern der Status der Einzelnen (mit ihrer Sprache, ihrer Hautfarbe, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung etc.) als vollwertige PartnerInnen einer sozialen Interaktion. Es gelte, die Missachtung und die Statusunterdrückung, die auf institutionalisierten kulturellen Wertmustern basiert, zu überwinden.

Für unsere Argumentation impliziert die Unterscheidung zwischen Gruppenidentität und individuellem Status (aufgrund von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe, sexueller Orientierung etc.), dass die Forderung nach Anerkennung sich nicht auf gruppenspezifische kulturelle Identitäten beziehen und die Rebellion gegen Missachtung ihren Ursprung nicht in der Identifikation mit einer ethnisch, kulturell oder national definierten Gruppe haben muss, sondern darin möglicherweise nur ihren Ausdruck findet, weil andere legitime Ausdrucksmittel oder entsprechende politische Angebote fehlen. Mit anderen Worten: Auch wenn der Erfolg des Rechtspopulismus auf Identitätspolitik zurückzuführen ist, müssen nicht primär Gefühle der kulturellen Bedrohung als Gruppe sein Substrat sein. Die Ursachen können auch in individuellen Erfahrungen versagter Anerkennung und bedrohter Identität liegen, die erst im Prozess der Mobilisierung auf Gruppenidentität und kulturelle Differenz hin geleitet werden, weil sich so einfache Muster der Bevorzugung und Benachteiligung konstruieren lassen. Diese Interpretation wird durch die Tatsache nahe gelegt, dass den rechtspopulistischen Parteien die Identitätspolitik zur Legitimation der nationalen Präferenz dient, und auf diese Weise wieder ein Bezug zu Verteilungsfragen hergestellt wird.

Anstelle einer Gegenüberstellung der beiden genannten Erklärungsversuche des Rechtspopulismus kann auch eine enge Verquickung vermutet werden zwischen der Benachteiligung im Erwerbsleben, der gefährdeten sozialen Sicherheit, der Identitätsbedrohung durch Ungleichheit einerseits und den wahrgenommenen Bedrohungen der kulturellen Identität. Meine These ist, dass wir es neben den erwähnten tatsächlichen Verletzungen von Interessen mit Entfremdungsphänomenen zu tun haben, in denen MigrantInnen und fremde Religionen zum Symbol für die Fremdheit der Gesellschaft werden, wenngleich diese Fremdheit auch ohne Immigration gegeben wäre (siehe auch Beitrag Flecker/Hentges in diesem Band). Im folgenden möchte ich Probleme der Sicherung persönlicher und sozialer Identität und den Konnex mit kultureller Identität etwas genauer behandeln.

Betrachtet man die Bedingungen und Chancen im Erwerbsleben und die über die Stellung in der Arbeitsgesellschaft vermittelte Position im sozialen Raum, so lassen sich viele Argumente dafür finden, dass soziale Ungleichheit und sozioökonomischer Wandel das Selbstbewusstsein und den Selbstwert von Menschen schädigen oder bedrohen. Sowohl psychologische als auch soziologische Konzepte von Identität heben hervor, dass einmal entwickelte persönliche und soziale Identität grundsätzlich nicht festgefügt und auf Dauer gestellt vorstellbar ist. Identität wird vielmehr als im Fluss befindlich, als kontinuierlicher Versuch von Individuen verstanden, unterschiedliche Rollenanforderungen auszubalancieren und Teilaspekte der Persönlichkeit zu integrieren (Krappmann 1969). Zudem bedarf es der Anerkennung von Selbstbildern und Selbstentwürfen durch andere, um Identität ausbilden und aufrecht erhalten zu können.

Die Arbeitswelt bzw. Veränderungen in dieser wirken sich nun in vielfacher Hinsicht auf diese Identitätsarbeit aus. Zu diesem Zusammenhang liegen vielfältige und umfangreiche Forschungsergebnisse vor. Zwei Aspekte stehen dabei im Mittelpunkt: Die Tätigkeiten, die sozialen Beziehungen in der Arbeit und die Arbeitsergebnisse als Voraussetzungen für die Entwicklung von persönlicher und sozialer Identität einerseits

und die über Ausbildung und Erwerbsarbeit bestimmte Position im sozialen Raum sowie die Möglichkeiten des Aufstiegs und die Gefahren des Abstiegs bis hin zur Drohung der Ausgrenzung aus der Gesellschaft andererseits. Mit Bourdieu kann argumentiert werden, dass nicht nur aktuelle, nachteilige sozio-ökonomische Veränderungen Identität beeinträchtigen, sondern schon die Ausgangslage sozialer Ungleichheit mit Demütigungen und Kränkungen für jene auf den unteren oder absteigenden Positionen im sozialen Raum insgesamt sowie im jeweiligen „Mikrokosmos“ im einzelnen verbunden ist.

Benachteiligungen und Bedrohungen beziehen sich auf die Ausstattung mit ökonomischem Kapital, also mit finanziellem Einkommen und Vermögen. Da sich in unserer Gesellschaft mit Besitz und Geld viel bewegen lässt, kann sich ein Individuum, das darüber verfügt, als jemand erfahren, der oder die Machtressourcen hat und die Umwelt gestalten kann (Vogt 2000:84). Auch kulturelles Kapital und soziales Kapital können als Ressourcen für die Identitätsarbeit angesehen werden: Ganz abgesehen von einem mit ihnen zu erreichenden Zugang zu Arbeit, die Selbstverwirklichung erlaubt, ermöglichen es Qualifikationen, u.a. auch kommunikative und soziale Kompetenzen, sich als aktiv gestaltend zu erleben. Soziales Kapital, also Ressourcen, die mit den Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens bzw. der Mitgliedschaft zu einer Gruppe verbunden sind, sichern Identität, indem sie Kontinuität gewähren und als Auffangnetz eine Versicherungsfunktion erfüllen. „Kapitalrestriktionen bringen auch Identitätsrestriktionen mit sich“ (ebenda:96) – und Kapitalverlust bedeutet demnach teilweisen Identitätsverlust.

Vor diesem Hintergrund sind die jüngsten Umbrüche in der Arbeitswelt, die kontinuierliche Restrukturierung von Unternehmen, die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, die Rationalisierung sowie die ständigen Veränderungen der Arbeitsorganisation zu analysieren: Für viele sind diese Veränderungen mit einer Bedrohung ihres Einkommens und damit ihres materiellen Lebensstandards verbunden. Sie erleben zugleich – und das ist in unserem Zusammenhang ebenso wichtig – eine Entwertung von Qualifikationen und sozialem Kapital, die mit den genannten Prozessen häufig verbunden ist. So können Änderungen auf dem Arbeitsmarkt und im Unternehmen die Verwertbarkeit von Wissen, Erfahrung und Bildungstiteln in Frage stellen, während Versetzungen, Arbeitsplatzwechsel und Umzug die oft langjährig durch Gabe und Gegengabe kontinuierlich aufgebauten Beziehungen mit einem Schlag entwerten. Daher ist es nicht verwunderlich, dass ein Arbeitsplatzverlust die besonders loyalen ArbeitnehmerInnen am härtesten betrifft, welche ausschließlich in unmittelbar betrieblich verwertbares Wissen und in die sozialen Tauschbeziehungen des Betriebs investiert und sich, noch grundlegender, im Hinblick der Anerkennung ihres Selbstbildes durch bedeutsame Andere vom Arbeitgeber, von Vorgesetzten und von KollegInnen überaus abhängig gemacht hatten.

Auf die Bedrohung und Gefährdung von Identität sind aber verschiedene Reaktionen vorstellbar. Wie kommt es zu autoritär-ausschließenden Reaktionen? Was ist das Angebot des Rechtspopulismus und wie wird die Verbindung mit Fragen der gruppenspezifischen kulturellen oder ethnischen Identität hergestellt?

Eine Erklärung stellt auf die *Orientierungsfunktion* der Ideologien ab, indem betont wird, dass die Menschen in einer zunehmend komplexen Welt Probleme haben, die Kräfte zu verstehen, die so nachteilig auf ihr Leben einwirken. Konfrontiert mit Widersprüchen und existentiellen Unsicherheiten, wenn sie also „die Welt nicht mehr verstehen“, können Personen durch die Übernahme bestimmter Interpretationen, wie Sündenbocktheorien oder autoritären Gesellschaftsbildern, ihrer Wahrnehmung der Gesellschaft subjektive Konsistenz verleihen (Zoll et al. 1984). Sichtweisen und Erklärungen, die auf ethnische Differenzierung, Ausgrenzung von Randgruppen oder Spaltung zwischen Bevölkerung und Elite abstellen, bieten einfache Lösungen für komplexe Probleme und erfüllen so eine Orientierungsfunktion.

Eine andere Antwort verweist auf die *Problemverschiebung*, die dann erfolgt, wenn Ausbeutung, Entwertung von kulturellem und sozialem Kapital zu Spannungen führt, für die es an legitimen Ausdrucksmöglichkeiten mangelt und die in der Folge an objektiv nicht damit in Zusammenhang stehenden Themen abgebaut werden (Bohle et al. 1997). Fremdenfeindliche Impulse können als ein Weg gesehen werden, Frustrationen auszudrücken, deren Ursachen möglicher Weise nichts mit AusländerInnen zu tun haben (Bourdieu 1997:796).

Psychoanalytische Theorien sprechen von *Projektion* und erklären aggressiv ausgrenzende Haltungen mit libidinösen und aggressiven Impulsen, die auf andere projiziert werden. Außenseiter, denen unterstellt wird, dass sie die eigenen unterdrückten Wünsche oder Triebregungen ausleben, werden zum Ziel der Aggression. Je mehr sich die Personen dem Diktat intensiverer Leistung und Produktivität unterwerfen müssen, desto wahrscheinlicher wird die Aggression gegen jene Gruppen oder Personen, die als unproduktiv, faul oder als Trittbrettfahrer wahrgenommen werden (siehe Zoll et al. 1984, Dörre 1997).

Andere Antworten beziehen sich unmittelbar auf den Aspekt der *Sicherung von Identität*. Eine Möglichkeit, Selbstwert und Selbstbewusstsein in Krisensituationen aufrecht zu erhalten ist es, Teilaspekte der Persönlichkeit zu betonen, die relativ unproblematisch Anerkennung, etwa Zugehörigkeit und Bestätigung, mit sich bringen. Auf diese Weise kann das Ethnische zu einer Stützigkeit werden:

„In der demagogischen Ethnisierung der industriegesellschaftlichen Identitätsprobleme wird den Individuen, die nach Bestätigung und Verbundenheit suchen, als Ersatz der Verschönerungsspiegel einer einfachen und überlegenen ethnischen Zugehörigkeit hingehalten.“ (Ottomeyer 2000:20)

Fremdenfeindlichkeit ist also, so Ottomeyer, eine „leicht erhältliche Selbstwertdroge“. Es können unterschiedliche Bedrohungen sein, die einen bzw. eine zu dieser Droge greifen lassen. Eine Bedrohungszone liegt in der äußeren Realität des Individuums, in den Konkurrenzbeziehungen in der Arbeitswelt. Diejenigen, die mit der Gefahr des Abstiegs oder Absturzes konfrontiert sind, beziehen sich nicht auf die tatsächlichen Ursachen ihrer Probleme, ihnen werden Sündenböcke angeboten: „Die Fremden sind greifbar, das Kapital nicht“ (Ottomeyer 2000:29). Ähnlich argumentiert Dörre (2001),

wenn er von einer „Schattenidentität“ spricht, die man sich leicht borgen könne, wenn die eigene beschädigt sei.

Während hier Produktionsverhältnisse im allgemeinen angesprochen werden, sowie Folgeprobleme, die im Kapitalismus insbesondere mit Krisen immer schon verbunden waren, hebt Sennett Besonderheiten des flexiblen Kapitalismus hervor: „Nichts Langfristiges“ scheint zum Motto der Gesellschaft geworden zu sein; dies zerstört Vertrauen und Verpflichtung, macht soziale Bindungen, die auf gegenseitiger Abhängigkeit beruhen, unmöglich und untergräbt letztlich die Selbstachtung der Menschen. Diese geraten in einen Zustand des „Dahintreibens“, die Persönlichkeit erodiert. Eine der Konsequenzen, so Sennett, ist die wiedergewonnene Bedeutung des „gefährlichen Pronomens ‚Wir‘“:

„Eine der unbeabsichtigten Folgen des modernen Kapitalismus ist die Stärkung des Ortes, die Sehnsucht der Menschen nach der Verwurzelung in einer Gemeinde. All die emotionalen Bedingungen des modernen Arbeitens beleben und verstärken diese Sehnsucht: die Ungewissheiten der Flexibilität; das Fehlen von Vertrauen und Verpflichtung; die Oberflächlichkeit des Teamworks; und vor allem die allgegenwärtige Drohung, ins Nichts zu fallen, nichts ‚aus sich machen zu können‘, das Scheitern daran, durch Arbeit eine Identität zu erlangen. All diese Bedingungen treiben die Menschen dazu, woanders nach Bindung und Tiefe zu suchen. Heute, unter dem neuen Regime der Zeit, ist dieser Gebrauch des ‚Wir‘ zu einem Akt des Selbstschutzes geworden. Die Sehnsucht nach Gemeinschaft ist defensiv, sie drückt sich oft in der Ablehnung von Immigranten oder anderer Außenseiter aus (...).“ (Sennett 1998:190)

Die Abwertung der „Normalleistung“ im Prozess der Globalisierung (Altvater/Mahnkopf 2002) hat sowohl materielle als auch symbolische Aspekte: Die Routineproduzenten im Sinne von Robert Reich haben in den Industrieländern des Nordens weder gesichertes Lohneinkommen zu erwarten noch Anerkennung für ihre Leistungen für die Gesellschaft, wobei die unerfreulichen Tendenzen in den Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt noch durch Diskurse verdoppelt werden, die mit Begriffen wie „Employability“ und „lebenslanges Lernen“ den Opfern die Verantwortung zuschieben und den Druck und die Verunsicherung verstärken. Diese Missachtung kann nicht ohne Folgen für die Identitätsarbeit der ArbeiterInnen und Angestellten mit niedrigen Qualifikationen bleiben. Für Sennett (1998) kommt wie erwähnt hinzu, dass als ehrenhafte Arbeit heute eher diejenige der Unternehmer denn der ArbeitnehmerInnen gilt. Insgesamt sind also eine Reihe von Ursachen für massive Erschütterungen des Selbstwerts und der Selbstgewissheiten breiter Bevölkerungsschichten zu erkennen.

Die dominanten gesellschaftlichen Gruppen werfen die ArbeiterInnen und die niedrig oder zu spezifisch Qualifizierten durch den Umbau der Erwerbsarbeit und durch die gezeigte Missachtung auf jene Aspekte der Identität zurück, die diesen mit der Geburt zufielen. Dadurch kommt es vor, dass Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit überhöht werden, um die verletzte persönliche Identität zu stützen. Häufiger dürften die einschlägigen Botschaften der Rechtspopulisten Anklang finden, weil die in der Gesellschaft Benachteiligten meinen, so im Verteilungskampf retten zu können, was noch zu retten ist – sowohl in materieller als auch in symbolischer Hinsicht.

Zusammenfassung

Der Zusammenhang zwischen den Umbrüchen in der Arbeitswelt und dem Zustrom zu rechtspopulistischen Parteien ist eine empirische Frage: Ergebnisse des darauf konzentrierten SIREN-Projekts werden in weiteren Beiträgen in diesem Band dargestellt. In diesem Artikel wurden zunächst Entwicklungen der Erwerbsarbeit referiert, die für die Analyse politischer Orientierungen eine wichtige Rolle spielen. Darüber hinaus ging es darum, Argumente über mögliche Zusammenhänge zwischen zunehmender Unsicherheit und Ungleichheit einerseits und der Anziehungskraft des Rechtspopulismus andererseits darzustellen. Insgesamt zeigt sich, dass es aus vielerlei Gründen plausibel ist anzunehmen, dass Verunsicherung, Ungerechtigkeitsempfinden und Kränkungerfahrungen wichtige Grundlagen für jene Elemente politischer Subjektivität sind, die im letzten Jahrzehnt in mehreren europäischen Ländern von rechtspopulistischen Parteien sehr erfolgreich genutzt werden konnten.

Die Betonung des sozio-ökonomischen Wandels als mögliche Ursache der beschriebenen politischen Veränderungen ergibt sich aus der Tatsache, dass wir nach wie vor in einer Lohnarbeitsgesellschaft leben, in der die gesellschaftliche Integration fast ausschließlich über Erwerbsarbeit oder erwerbsbezogene soziale Absicherungen erfolgt und die soziale Position überwiegend von der Berufstätigkeit abhängig ist. Umbrüche der Erwerbsarbeit betreffen somit den Kern der gesellschaftlichen Integration, und deren nachteilige Folgen lassen entsprechend heftige Reaktionen erwarten. Fehlt es an politischen Angeboten und ist die Artikulation der Probleme tabuisiert, so ist eine Stärkung rechtspopulistischer Parteien nicht überraschend. Nach unserem Argument der „populistischen Lücke“ spielen in der rechtspopulistischen Mobilisierung sowohl Aspekte von Interessenpolitik und Anerkennungspolitik, als auch von Identitätspolitik auf der Basis der Ethnisierung sozialer Beziehungen eine Rolle.

Die Konzentration auf die Frage, wie Umbrüche in der Arbeitswelt zum Aufstieg des Rechtspopulismus beitragen, sollte nicht den Eindruck erwecken, dass negative Erfahrungen und Bedrohungen im Erwerbsleben notwendigerweise zu autoritär-ausgrenzenden Reaktionen führen müssen. Vielmehr reagieren ArbeitnehmerInnen höchst unterschiedlich auf Krisenerfahrungen und Bedrohungen (Zoll et al. 1984).

„Unsere empirischen Untersuchungen, auch mit repräsentativen Daten, dass die heute wieder häufigeren Lagen der Deklassierung oder Anomie je nach Mentalität und Milieutradition sehr verschieden, sowohl autoritär oder resignativ als auch solidarisch oder demokratisch, verarbeitet werden.“ (Vester 2001:299)

Autoritarismus entspricht, so Vester, nicht der Intensität sozialer Frustrationen, sondern in der Mentalität angelegten Deutungsmustern (ebenda:323).

Dazu kommt, dass gesellschaftliche und politische Orientierungen meist ambivalent, wenn nicht widersprüchlich sind, wie schon die Studie von Fromm (1983) über „Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches“ gezeigt hat. Schon in einer Zeit also, als die politischen Lager fester gefügt waren als heute, zeigte nur eine

Minderheit der ArbeitnehmerInnen eine konsistente politische Haltung in Übereinstimmung mit der Programmatik der Partei, der sie sich zuordneten.

„Als zweifellos wichtigstes Ergebnis ist zunächst der geringe Prozentsatz von Linken festzuhalten, die mit der sozialistischen Linie sowohl im Denken als auch im Fühlen übereinstimmten. Nur von dieser mit 15% recht kleinen Gruppe konnte in kritischen Zeiten erwartet werden, dass sie den Mut, die Opferbereitschaft und die Spontaneität aufbringen würde, die zur Führung der weniger aktiven Elemente und zur Besiegung des Gegners notwendig sind. Zwar besaßen die linken Parteien die politische Treue und die Stimmen der großen Mehrheit der Arbeiter, aber es war ihnen im großen und ganzen nicht gelungen, die Persönlichkeitsstruktur ihrer Mitglieder so zu verändern, dass diese in kritischen Situationen verlässlich gewesen wären.“ (Fromm 1984:250)

Besonders weit waren autoritäre Haltungen verbreitet, auch in der Form des rebellisch-autoritären Typus, der sowohl autoritäre als auch radikale Orientierungen zeigte. Auch heute lassen sich die individuellen Reaktionen auf zunehmende Ungleichheit, auf Abstiegs- und Ausgrenzungsgefahren, die zu einem Aufschwung des Rechtspopulismus führten, am besten als rebellisch charakterisieren, wobei das radikale Element noch stärker zugunsten des Konformismus zurück gegangen sein dürfte.

Mit der Betonung der Veränderungen in der Arbeitswelt soll nicht einer bestimmten Erklärung des Rechtspopulismus das Wort geredet werden, denn es macht wenig Sinn, darüber zu streiten, ob es nun Anerkennung und Vertretung realer Interessen, Unterstützung der Identität durch Ethnisierung von Problemen, Problemverschiebungen, Widerstand gegen kulturelle Bedrohungen oder Angebote zur Orientierung in einer zu komplexen Welt sind, welche die Attraktivität des Rechtspopulismus ausmachen. Den Rechtspopulismus in vielen europäischen Ländern kennzeichnen gerade seine vielfältigen, häufig widersprüchlichen Botschaften und Angebote. Zudem gelingt es den Rechtspopulisten meist, Gruppen mit unterschiedlichen bis gegensätzlichen Interessen anzusprechen. Dennoch ist ihre Ideologie und Programmatik nicht beliebig, ihre Fähnchen richten sich nicht nur nach dem Wind. Ein mehr oder weniger deutlich erkennbarer rechtsextremer ideologischer Kern ist ihnen gemeinsam (vgl. Betz 2002).

Empirische Analysen sind wichtig, um zu erkennen, warum bestimmte Gruppen bzw. Personen in einer bestimmten Lebenssituation sich wegen oder trotz dieses rechtsextremen ideologischen Kerns angesprochen fühlen. Und dafür ist anzuerkennen, dass für verschiedene Gruppen und Personen jeweils andere Erklärungen nötig sind, wie auch die Attraktivität nicht einfach unter sozialer Pathologie verbucht werden sollte, insofern rechtspopulistische Parteien vielfach tatsächliche soziale Problemlagen angesprochen haben, denen sich andere Parteien nicht stellten. Sonst läuft man Gefahr, die Abwertung der VerliererInnen als „moralische Tölpel“ (Zilian), die diese durch die GewinnerInnen erfahren, wissenschaftlich durch die Feststellung eines falschen Bewusstseins zu verdoppeln.

Literatur

- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1999): Grenzen der Globalisierung, Westfälisches Dampfboot, Münster
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik. Westfälisches Dampfboot, Münster
- Atzmüller, Roland/Hermann, Christoph (2004): Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen – Auswirkungen auf Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen; Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hg.), Zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen, Nr. 2, Februar 2004
- Betz, Hans-Georg (2002): Xenophobia, Identity Politics and Exclusionary Populism in Western Europe; in: Panitch, L./Leys, C. (ed.), *Fighting Identities – Race, religion and ethno-nationalism*, Socialist Register 2003, Merlin, London
- Betz, Hans-Georg (2003): Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung; in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften*, Nr. 3, S. 251-264
- Bohle, Hans/Heitmeyer, Wilhelm/Kühnel, Wolfgang/Sander, Uwe (1997): 'Anomie in der modernen Gesellschaft: Bestandsaufnahme und Kritik eines klassischen Ansatzes soziologischer Analyse'; in: Heitmeyer (Hg.), *Was treibt die Gesellschaft auseinander?*, edition suhrkamp, Frankfurt/Main
- Bosch, Gerhard (2003): Das Normalarbeitsverhältnis in der Informationsgesellschaft; in: Institut für Arbeit und Technik (Hg.), *Jahrbuch 2002/2003*
- Bourdieu, Pierre (1997): Verstehen; in: Bourdieu et al., *Das Elend der Welt*, UVK, Konstanz
- Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, UVK, Konstanz
- Butterwegge, Christoph (1999a): Rechtsextremismus und Nationalismus im Zeitalter der Globalisierung; in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 99/1, S. 87-99
- Butterwegge, Christoph (1999b): Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, Opladen
- Camus, Jean-Yves (2000): Europas extreme Rechte zwischen Marginalisierung und Salonfähigkeit; in: *Le Monde Diplomatique*, März, S. 4-5
- Castel, Robert (2001): Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft, in: Bourdieu, P. (Hg.), *Der Lohn der Angst – Flexibilisierung und Kriminalisierung in der 'neuen Arbeitsgesellschaft'*, Liber – Internationales Jahrbuch für Literatur und Kultur 99/00, UVK, Konstanz
- Dörre, Klaus (1997): Modernisierung der Ökonomie – Ethnisierung der Arbeit: Ein Versuch über Arbeitsteilung, Anomie, deren Bedeutung für interkulturelle Konflikte; in: Heitmeyer, W. (Hg.), *Was treibt die Gesellschaft auseinander?* edition suhrkamp, Frankfurt/Main
- Dörre, Klaus (2001): Reaktiver Nationalismus in der Arbeitswelt, in: *Widerspruch*, 41 (1)
- Dubiel, Helmut (1994): Ungewissheit und Politik, edition suhrkamp, Frankfurt/Main
- Blum, Manuela/Flecker, Jörg/Hermann, Christoph/Fischer, Lisa (1999): *Collective Bargaining on Employment and Competitiveness in Austria*, FORBA-Research Report 3/99

- Flecker, Jörg/Krenn, Manfred (2001): „Du bist eine Nummer – und aus“ Erfahrungswissen, Shareholder Value und verletzte Ehre; in: Flecker, J./Papouschek, U./Riesenecker, Th. (Hg.), Herausforderungen der Arbeitswelt – Beiträge zu neuen Arbeitsformen, Geschlecht, Informationstechnik, Rainer Hampp Verlag, Mering und München
- Fraser, Nancy (2002): Soziale Gerechtigkeit in der Wissensgesellschaft: Umverteilung, Anerkennung und Teilhabe; in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Gut zu Wissen – Links zur Wissensgesellschaft, Verlag Westfälisches Dampfboot
- Hentges, Gudrun/Butterwegge, Christoph (2000): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik; Leske+Budrich, Opladen
- Hentges, Gudrun/Meyer, Malte-Henning (2002): Right-wing extremist attitudes in Germany – consequences of competitive nationalism and neoliberalism; interim SIREN country report on qualitative findings, Köln
- Hentges, Gudrun/Meyer, Malte-Henning/Flecker, Jörg/Kirschenhofer, Sabine/Thoft, Eva/Grinderslev, Edvin/Balazs, Gabrielle (2003): The Abandoned Worker – Socio-economic change and the attraction of right-wing populism, Cologne and Vienna
- Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden
- Mahnkopf, Birgit (2000): Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit; in PROKLA 121, 30. Jahrgang, Nr.4
- Mairhuber, Ingrid (2001): Frauenarmut – ein sozialpolitisches Problem?!, in: Heitzmann K./Schmidt, A. (Hg.), Frauenarmut, Frankfurt/M.
- Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (2002): Arbeitsbeziehungen in Deutschland: Wandel durch Internationalisierung, Köln
- Mückenberger, Ulrich (1989): Der Wandel des Normalarbeitsverhältnisses unter Bedingungen einer Krise der Normalität; in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 4/1989, 211-223
- Ottomeyer, Klaus (2000): 'Fremdenfeindlichkeit als Selbstwertdroge' in Berghold, J./Ottomeyer, K./Menasse, E. (Hg.), Trennlinien – Imagination des Fremden und Konstruktionen des Eigenen, Drava, Klagenfurt/Celovec
- Poglia-Mileti, Francesca/Tondolo, Riccardo/Plomb, Fabrice/Schultheis, Franz/Meyer, Malte-Henning/Hentges, Gudrun/Flecker, Jörg/Mairhuber, Ingrid (2002): Modern Sirens and their populist songs – a European literature review on changes in working life and the rise of right-wing populism, EDES, Neuchatel
- Seifert, Hartmut/Mauer, Andreas (2001): Betriebliche Beschäftigungs- und Wettbewerbsbündnisse – Strategie für Krisenbetriebe oder neue regelungspolitische Normalität? In: WSI-Mitteilungen 8/2001
- Sennett, Richard (1998): The Corrosion of Character, Norton, New York
- Sennett, Richard (2000): Arbeit und soziale Inklusion; in: Kocka, Jürgen, Offe, Claus (Hg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Campus, Frankfurt/Main, S.431 – 446
- Steinert, H. (1999): Kulturindustrielle Politik mit dem Großen & Ganzen: Populismus, Politik-Darsteller, ihr Publikum und seine Mobilisierung; in: Politik und Gesellschaft Online. International Politics and Society, 4
- Vester, M. (2001): Wer sind heute die ‚gefährlichen Klassen‘? Soziale Milieus und gesellschaftspolitische Lager im Wandel; in: Loch, D./Heitmeyer, W., Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt/Main

- Vogt, Ludgera (2000): Identität und Kapital. Über den Zusammenhang von Identitätsoptionen und sozialer Ungleichheit; in: Hettlage, Robert/Vogt, Ludgera (Hg.), Identitäten in der modernen Welt, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden
- Wahl, Asbjørn (2004): European Labor – The Ideological Legacy of the Social Pact; in: Monthly Review, January 2004
- Zilian, Hans-Georg (2002): Der „Populismus“ und das Ende der Gleichheit; in: Eismann, W. (Hg.), Rechtspopulismus – Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Czernin, Wien
- Zoll, Rainer (Hg.) (1984): „Hauptsache, ich habe meine Arbeit“, edition suhrkamp, Frankfurt/Main